

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme des Sonntags nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Auergebirge. Fernsprecher 23. Für unerlangte eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Abbestellungspreis: Die Abonnementspreise sind für das Erzgebirge und für das Ausland verschieden. Für das Erzgebirge beträgt der Preis für ein Jahr 12 Mark, für sechs Monate 7 Mark, für drei Monate 4 Mark. Für das Ausland sind die Preise entsprechend höher. Die Abbestellungsfrist ist mit dem Ende des Monats zu beenden. Nach dem 1. Oktober des Jahres ist die Abbestellungsfrist für das nächste Jahr zu beenden. Die Abbestellungspreise sind in der Redaktion zu erheben. Die Abbestellungspreise sind in der Redaktion zu erheben.

Abbestellungspreis: Die Abonnementspreise sind für das Erzgebirge und für das Ausland verschieden. Für das Erzgebirge beträgt der Preis für ein Jahr 12 Mark, für sechs Monate 7 Mark, für drei Monate 4 Mark. Für das Ausland sind die Preise entsprechend höher. Die Abbestellungsfrist ist mit dem Ende des Monats zu beenden. Nach dem 1. Oktober des Jahres ist die Abbestellungsfrist für das nächste Jahr zu beenden. Die Abbestellungspreise sind in der Redaktion zu erheben. Die Abbestellungspreise sind in der Redaktion zu erheben.

Nr. 252

Montag, den 28. Oktober 1918

13. Jahrgang

Eine neue deutsche Antwort an Wilson.

Die Kapitulationsbedingungen unserer Feinde. / Zum Rücktritt Ludendorffs. / Annahme der neuen Verfassungsänderungen im Reichstage. Neuordnung in Sachsen, Bayern, Hessen, Württemberg. / Eine Kundgebung der deutschen Landwirtschaft. / Monarchische Kundgebung des Preussischen Herrenhauses. / Die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn. / Rumänische Truppen in der Dobrußa.

Ein Wechsel in der Obersten Heeresleitung.

Rücktritt des Generals Ludendorff.

Die politischen Ereignisse im Reich überstürzen sich in fieberhafter Folge; jeder Tag gebiert neue Heberwerbungen, neue internationale Schicksale. Nichts ist sicher, alles gerät ins Wanken. So unumwunden kommen die Dinge, daß selbst diejenigen, die man auf alles gefaßt hat, von einzelnen Vorwürfen nicht verschont werden. Eine solche Heberwerdung dürfte wohl im Jahre der von uns schon am Samstag durch die Presse mitgeteilten Rücktritt des Ersten Generalquartiermeisters Ludendorff, der neuen Gehilfen Hindenburgs, berichtet haben. Bereits der amtliche Heeresbericht vom Sonntag war nicht, wie bisher, vom Ersten Generalquartiermeister, sondern vom Chef des Generalstabes des Heeres (Hindenburg) verfaßt, eine Tatsache, die auf den Rücktritt Ludendorffs hindeutet. Ebenso war am Sonntag das Amt des Ersten Generalquartiermeisters in Berlin gemeldet worden. Dort sind beide jedenfalls von Kaiser und Reichsanwalt, oder, da dieser erkrankt ist, von dessen Stellvertreter empfangen worden und in diesen Redaktionen dürfte die Entscheidung über den Rücktritt Ludendorffs gefallen sein.

Ueber die Gründe des Rücktritts Ludendorffs ist man noch im Unklaren. Gewiß ist Ludendorff mit dem neuen System im Reich, der Föderation der Kommandogewalt des Kaisers und der Unterstellung aller obersten militärischen Instanzen (also auch des Generalstabes) unter die Kontrolle des Reichsanwaltes nicht einverstanden gewesen oder es ist Ludendorff die Notwendigkeit des Rücktritts von berufener Seite nahe gelegt worden. Gleichviel: in weiten Kreisen wird man den pöhllichen Rücktritt Ludendorffs sicherlich bedauern. Ein so großes nationales Unglück freilich, als welches z. B. die „Dresdn. Nachr.“ ihn bezeichnen, die sich ganz verzweifelt gebärden, ist er nicht. Niemand ist unerfuglich und auch Hindenburg wird wieder einen geeigneten Gehilfen finden. Vielern galt Ludendorff als der unverfälschte Vertreter des jetzt so in Verruf gekommenen preussischen Militarismus und man erzählt sich über die Rolle, die der General in dieser Beziehung hinter den Kulissen gespielt hat, manche Geschichten. Er ist ja auch in der letzten Freitag-Sitzung des Reichstages Gegenstand von Angriffen von sozialistischer Seite gewesen.

Von unterrichteter Seite wird versichert, daß General Hindenburg nicht an den Rücktritt denke. Somit scheint die Krise in der Obersten Heeresleitung mit dem Rücktritt Ludendorffs zunächst abgeschlossen. Nachstehend der Wortlaut des Telegrammes, das den Rücktritt Ludendorffs meldete:

Berlin, 26. Oktober. Se. Majestät der Kaiser und Königin haben den General der Infanterie, Ludendorff, Ersten Generalquartiermeister, im Frieden Kommandeur der 85. Infanterie-Brigade, heute in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt. Gleichzeitig hat Se. Majestät in einer gnädigen Order an den General zu bestimmen geruht, daß das niederrheinische Infanterie-Regiment Nr. 39, dessen Chef der General bereits seit längerer Zeit ist, fortan den Namen „General Ludendorff“ führen soll.

Die militärische Laufbahn des Generals Ludendorff.
General Ludendorff, der am 9. April d. J. sein 55. Lebensjahr vollendet hat, trat am 15. April 1882 als Stabsoffizier als Leutnant beim Infanterie-Regiment 47 in die preussische Armee ein. Am 24. April 1887 wurde er in das 2. Grenadier-Regiment versetzt, 1888 dem 1. Bataillon zugewiesen und am 17. Juli 1890, kurz vorher zum Oberleutnant befördert, in das 2. Grenadier-Regiment übergeführt. Wenige Wochen später trat General Ludendorff in das 2. Grenadier-Regiment ein. Am 1. Oktober 1890 bis 21. Juli 1893 zur Kriegsschule kommandiert. Nach einjähriger Dienstzeit beim Großen Generalstab, während der er am 22. März 1895 zum Hauptmann befördert wurde, erfolgte am 10. März 1898 seine Versetzung zum Generalstab des 4. Armee-Korps. Am 29. März 1898 wurde der General zum Kommandierendes Infanterie-Regiment 61 ernannt und nach Dienstleistung als General-

stabschef bei der 9. Division, nach Beförderung zum Major (19. September 1901), am 18. Oktober 1902 in den Generalstab des 5. Armee-Korps, am 1. April 1904 wieder in den Großen Generalstab versetzt. Von dort aus war General Ludendorff im ersten Halbjahr 1905 dem Kommando der Marine zugewiesen, erhielt u. a. ein Nord-Kommando auf dem Dampfschiff „Kaiser Wilhelm der Große“, war vom 12. September 1908 bis 10. April 1908 Militärlehrer an der Kriegsschule und wurde unter Beförderung zum Oberstleutnant am 18. Mai 1908 Abteilungschef im Großen Generalstab.
Am 21. April 1911 Oberst geworden, übernahm der General am 27. Januar 1913 das Kommando über das niederrheinische Infanterie-Regiment Nr. 39 — dessen Chef er seit dem 1. November 1917 ist —; am 22. April 1914 wurde er Generalmajor und Kommandeur der 85. Infanterie-Brigade. Bei Ausbruch des Krieges war General Ludendorff, allerdings nur wenige Tage, Oberquartiermeister der 2. Armee des Generaloberbefehlshabers von Falken. Es ist bekannt, daß er in Vertretung des Kommandeurs an der Spitze einer Brigade als Erster in die Front trat, wofür er mit dem Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse, kurz darauf mit dem Pour le mérite ausgezeichnet wurde.
Seit dem 22. August 1914 war der General mit Feldmarschall von Hindenburg zu gemeinsamer Arbeit vereint, zunächst als sein Generalquartiermeister, später in der gleichen Stellung bei der 9. Armee in Polen, vom 8. November 1914 ab beim Oberbefehlshaber Ost. Seit 27. November 1914 Generalleutnant, seit 20. August 1918 General der Infanterie, befehligte von diesem Tage ab General Ludendorff die damals neu geschaffene Stellung des Ersten Generalquartiermeisters. Zahlreiche hohe Auszeichnungen (zwei oberste Klassen des Eisernen Kreuzes und des Pour le mérite) und die Durchföhrung der großen Schlacht in Frankreich am 21. März 1918 bei Prochtzen des Eisernen Kreuzes verliehen.

Die Neuordnung in Sachsen.

Rücktritt des Grafen Bismarck. — Die neuen Minister.
So hat nun der von uns bereits angekündigte Rücktritt des Grafen Bismarck von seinem Amt nicht lange auf sich warten lassen. Es war klar, daß im Rahmen einer Neuordnung der innerpolitischen Verhältnisse in Sachsen im demokratischen Sinne für den Grafen Bismarck, den ausgezeichneten Vertreter des alten Systems, kein Platz mehr fand und es bilste dem Grafen selbst wohl nicht sehr schwer geworden sein, von seinem Amt zu scheiden. Ueber die Veränderung im sächsischen Ministerium wird folgende amtliche Meldung verbreitet:
Se. Majestät der König hat den Staatsminister Graf Bismarck v. Stöcker auf sein Ansuchen unter Verlassung des Titels und Ranges eines Staatsministers aus seinen Ämtern entlassen und nachstehende Ernennungen vollzogen:
den Justizminister Dr. Heine zum vorliegenden Staatsminister und Minister des Inneren,
den Ministerialdirektor Wilhelm Gehlmann Rat Dr. Schroder zum Finanzminister,
den Ministerialdirektor Gehlmann Rat Dr. Koch zum Minister des Inneren,
den Gesandten v. Rostig-Mallwitz (in Wien) zum Minister des Auswärtigen und des öffentlichen Unterrichts.
Es ist also unter den neu ernannten Ministern kein einziger Parlamentarier. Am Sonnabend wurden in Dresdener politischen Kreisen noch die Landtagsabgeordneten Dr. Seyfert, Dr. Böhmer und Günther als Ministerkandidaten genannt.

Die Umgestaltung der Regierung.
Die „Sächs. Staatsztg.“ teilt mit: Nachdem Se. Majestät der König sich dahin entschieden hatte, eine engere Verbindung seiner Regierung mit der Volksvertretung herzustellen, hatte der hierfür zuständige Minister des Inneren ein Programm ausgearbeitet, das die Allerhöchste Zustimmung Se. Majestät des Königs fand. Um Se. Majestät dem König auch in persönlicher Bezeugung alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, hatten sämtliche Staatsminister Se. Majestät ihr Amt zur Verfügung gestellt. Nachdem nun im Verlaufe der Beratung die Herren Staatsminister Dr. Beck und von Seydewitz sich dem vom Minister des Inneren ausgearbeiteten Programm nicht allenthalben angeschlossen hatten und auf ihre Entlassung bestanden, hatte der Staatsminister Graf Bismarck von Se. Majestät den Auftrag erhalten, wegen der weiteren Ausführung des Programms und der persönlichen Zusammenfassung der Regierung mit der Volksvertretung Vorschläge zu nehmen. Hierbei schlen es gehen, zunächst die Wünsche der Mehrheitspartei kennen zu lernen. Die mit diesen Parteien geföhrten Verhandlungen föhrt nach verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer nahezu völligen Einigung über das Programm und über die Besetzung der Regierung. Insbesondere sollte

in sachlicher Beziehung das Wahlrecht für die Zweite Kammer auf dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht mit der Verhältniswahl aufgebaut, bei der Reform der Ersten Kammer aber gewissen Wünschen der Landtagsmehrheit Rechnung getragen werden. Für die Zusammenfassung der Regierung wurde der Grundlag anerkannt, daß die einzelnen Ressortministerien an sich auch durch Mitglieder des Parlaments besetzt werden könnten, daß aber hierzu zurzeit abgesehen werden sollte, um die verschiedenen Ressorts nur von völlig eingearbeiteten Kräften verwalten zu lassen. Hierbei kam der Wille Se. Majestät des Königs zum Ausdruck, auch als Sachminister nur solche Minister zu berufen, gegen deren Ernennung seitens der Mehrheit des Parlaments kein ausdrücklicher Widerspruch erhoben werde. Nachdem hierüber in der Besprechung vom 24. dieses Monats allenthalben Einverständnis erzielt und die weitere Vorbereitung über die geschäftliche Verchiebung unter den einzelnen Ressortministerien einem von Se. Majestät zu bezeichnenden Staatsrat vorbehalten worden war, erklärten die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der Sitzung vom 25. dieses Monats, daß ihre Fraktion und der Vorstand der Partei den Eintritt in eine Regierung, welcher der Staatsminister Graf Bismarck angehöre, ablehnen müßten. Im übrigen fanden alle Vorschläge die endgültige Billigung der Mehrheitspartei. Der Staatsminister Graf Bismarck hat Se. Majestät dem König darauf empfohlen, den erzielten Ausgleich nicht an seiner Person scheitern zu lassen und gebeten, ihn aus allen seinen Ämtern zu entlassen. Se. Majestät der König hat dieser Bitte in Gnade entsprochen, dem Minister Graf Bismarck unter dem Ausdruck des Dankes für die ihm und dem Staate geleisteten Dienste die Krone verliehen und den Staatsminister Dr. Heine unter Verlassung in der Stellung des Justizministers gleichzeitig zum Minister des Inneren und zum vorliegenden Staatsminister ernannt.

Zum Abschiede des Grafen Bismarck.
Ueber die Verabschiedung des Grafen Bismarck im Ministerium des Inneren berichtet die „Sächs. Staatsztg.“: Heute (Sonntag) mittag fand im großen Sitzungssaale des Ministeriums des Inneren eine kurze, bewegende Verabschiedung Se. Majestät des Königs Staatsministers Grafen Bismarck v. Stöcker von den Beamten des Ministeriums des Inneren und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten statt. Der Herr Staatsminister setzte den Anwesenden die Gründe auseinander, die ihn bewegen haben, von Se. Majestät dem König seinen Abschied zu erbiten. Er betonte, daß zu seiner Verungung die sachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Krone und den Mehrheitspartei des Landtags sich haben ausgleichen lassen, und daß dem großen Ziele der Herstellung einer einheitlichen Front in möglichst großer Breite die einzelne Person zum Opfer gebracht werden müsse. Er danke in herzlichsten Worten sämtlichen Beamten und Bediensteten für ihre treue, selbstlose Mitarbeit, die ihm sein schweres Amt liebgemacht und ihm manche Erfolge hätten erlangen lassen. Ministerialdirektor Gehlmann Rat Dr. Heine gab der Bewegung der Versammelten Ausdruck und versicherte den Scheidenden Borgefühl der unauslöschlichen Dankbarkeit und Verehrung seiner bisherigen Untergebenen. Für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gab schließlich der Gesandte von Leipzig ebenfalls die Versicherung ab, daß seine Beamten dem Scheidenden Minister auch in Zukunft treue Unhänglichkeit bewahren würden.

Zur Friedensfrage.

Die deutsche Antwort an Wilson.
Die deutsche Antwortnote an Präsident Wilson hat folgenden Wortlaut:
Die deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen. Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungleben vollzogen haben

und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt.

Die deutsche Regierung steht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Rundgebungen gezeichnet hat.

(gez.) Solz, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

England zu Friedensverhandlungen bereit.

Die „Bücher Morgenzeitung“ erfährt: In amerikanischen Kreisen werde behauptet, England habe den Vertretern Amerikas gegenüber eine grundsätzliche Bereitschaft zur sofortigen Verhandlung zum Zwecke eines ehrlichen Friedens bereits ausgesprochen.

Die „Bücher Morgenzeitung“ erfährt weiter: Amerikanische Blätter erklären, die weiteren Schritte Wilsons nach seiner soeben abgeschickten Antwort an Deutschland würden sehr rasch erfolgen.

Poincaré über die Aussichten des Friedens.

Havas berichtet aus Paris: Präsident Poincaré ist nach einer englischen Truppenbesichtigung bei Armentières in Lille eingetroffen, wo er begeistert empfangen wurde. Auf eine Ansprache des Bürgermeisters erwiderte der Präsident, die Hoffnung sei nun zur Gewissheit geworden, aber dennoch brauche es Zeit zur Verwirklichung des Sieges. Bald werde die Stunde der endgültigen Niederlage der Feinde und der völligen Vergeltung schlagen. Von Lille aus besuchte Poincaré die Stadt Roubaix und erklärte den dort befindlichen Eisenwerken, es könne keinen dauernden Frieden geben. Bevor die Forderungen an Frankreich zurückgegeben werden.

Die Sonderfriedenstendenzen der Türkei.

In Wiener politischen Kreisen, die über die Verhältnisse in der Türkei gut unterrichtet sind, wird trotz der Konstantinopoler Absegnungen nach wie vor die Ansicht vertreten, daß ein Sonderabkommen zwischen der Türkei und den Alliierten in Kürze zustande kommen wird. Obwohl positive Nachrichten darüber noch nicht vorliegen, steht auf Grund der gesamten wirtschaftlichen und militärischen Lage der Türkei das Abkommen mit der Türkei seine Hauptaufgabe darin, so rasch wie möglich zum Frieden zu gelangen.

Die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn.

Die Krise in Ungarn.

In Ungarn reifen die Dinge der vollständigen Auflösung von Oesterreich entgegen. Ein neuer Ministerpräsident an Stelle Bekerles ist zwar noch nicht ernannt, es scheint aber doch, daß der radikale Graf Michael Karolyi, übrigens einer der reichsten Grundbesitzer Ungarns, zum Ministerpräsidenten ernannt werden wird. Er fordert sofortige Einstellung von Friedensverhandlungen, völlige Selbstständigkeit Ungarns und Auflösung des Bündnisses mit Deutschland. Es hat sich ein ungarischer Nationalrat, ja sogar nach russischem Muster ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet.

Inzwischen hat

Kaiser Karl an die Armee

einen Erlaß gerichtet, in welchem er sie an ihren Hahnenfeld erinnert und sie beschwört, solange auszuhalten, bis die Neuordnung der Dinge in Oesterreich-Ungarn auf normale Wege sich vollzogen hat. In gleichem Sinne hatte schon in der vorigen Woche der österr.-ung. Kriegsminister v. Stöger-Steiner in der österreichischen Delegation gesprochen und hatte dabei auf das traurige Beispiel des Bolschewismus in Rußland hingewiesen.

Ein Ministerium Lammasch.

Der Friedensfreund Hofrat Lammasch ist zum Ministerpräsidenten in Oesterreich ernannt. Die Aufgabe des neuen Ministerpräsidenten Lammasch besteht in der Herbeiführung des sofortigen Friedensbeginns, einer Waffenruhe und darin, den neuen Bundesstaat Oesterreich durchzuführen.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Wien: Die Vorgänge in Ungarn erregen auch hier die Aufmerksamkeit wie eine näherrückende Kanonade. Man bewundert, daß ein Karolyi und Sozialisten verstärkt, heute noch die Kraft haben wird, den Auflösungsprozess aufzuhalten. Kroatien ist schon abgefallen, in Ungarn hat die Revolution glatt und unblutig gesiegt. Es ist ausgeschlossen, daß eine ankündende Armee der Entente in einem südlichen Gebiet irgendwelchen Widerstand finden würde. Man hat überhaupt damit zu rechnen, daß binnen kurzem Oesterreich-Ungarn vollständig kapituliert. Was das für Deutschland und die Möglichkeit einer Bedrohung von Osten her bedeutet, braucht nicht auseinanderzusetzen zu werden. Für Oesterreich-Ungarn bedeutet es die Umgestaltung nach dem Diktat der Entente, also wohl die Aufteilung Ungarns, die tschecho-slowakische Republik, einen vereinigten südslawischen Staat, der sich wahrscheinlich auch als Republik etablieren wird, und in weiterer Konsequenz einen deutsch-österreichischen Staat, der zunächst die unbestrittenen Gebiete, also Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten, Nordsteiermark, Salzburg und Deutschtirol umfassen wird, während die deutsch-böhmischen Gebiete, wenn auch nicht sofort, ihren Anschluß an den nächstliegenden deutschen Staat suchen werden.

Der heutige Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 28. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. Südwestlich von Dinze, östlich von Kuelgen und bei Urtres (südlich der Scheide) wiesen wir feindliche Angriffe ab. Bei Säuberung einzelner Engländerneister bei Jamars und Umgelontain machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Uebergangversuche des Feindes über den Dösekanal bei Topigny wurden vereitelt. Zwischen Döse und Serre nahmen wir unsere in dem vorspringenden Vogen zwischen Origny und La Ferté stehenden Truppen in die Linie westlich von Gulle, östlich von Wrey an der Serre zurück. Der Feind griff gestern unsere neuen Linien südlich von Gulle an. Unter Einbuße zahlreicher Panzerwagen wurde er abgewiesen. Im Soucheabschnitt scheiterten am frühen Morgen erneute Angriffe der Franzosen zwischen Froimont und Pierrepont. Westlich der Wisne fanden gestern nur örtliche Kämpfe statt. Feindliche Angriffe gegen unsere auf dem Südbufer der Wisne südlich von Metel und bei Killy stehenden Truppen wurden abgewiesen. Auf den Wisnehöhen östlich von Vouziers nahm der Artilleriekampf am Abend in Verbindung mit erfolglosen Angriffen des Gegners östlich von Chetres vorübergehend große Stärke an.

Heeresgruppe von Gallwitz.

Auf den Höhen östlich der Maas wiesen wir Angriffe der Amerikaner am Walde von Conservoys und am Ormo-Walde ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die eingeleiteten Bewegungen wurden planmäßig weitergeführt. Südlich von Rudnik und Topola erfolgreiche Nachkämpfe. Beiderseits der Morava besteht nur geringe Gefechtsführung mit dem Feinde.

Der Chef des Generalstabes des Heeres.

Staatssekretär des Innern Trimborn über die Kriegsleihe:

Die erste Pflicht des Reiches wird es stets sein, für die Zinsen der Kriegsleihe zu sorgen.

Trimborn

Der gestrige Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 27. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern keine besonderen Kampfhandlungen. Der Feind setzte die Bestrebungen der belgischen Ortskämpfe hinter der Front fort. Die in Obegem und Inaovigen bei Beschlebung durch Brandgranaten in die Keller gezwungene Bevölkerung kam zum großen Teile um. Südlich der Scheide wiesen wir gestern feindliche Angriffe zwischen Jamars und Urtres im Gegenstoß ab. In Teilangriffen drang der Gegner in Englofontaine und Pecqueue ein. Aus Pecqueue wurde er im Gegenstoß wieder vertrieben.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Von der Döse bis zur Wisne setzte der Feind seine Angriffe fort. Beiderseits von Origny schlugen wir sie vor unseren Linien ab. Der Gegner, der bei Pleine Selve in unsere Stellung einbrach, wurde auf der Höhe nordwestlich des Ortes aufgefangen. Seine Versuche, von hier aus durch Angriffe in nördlicher Richtung unsere Front an der Döse zu Fall zu bringen, sind unter schweren Verlusten für den Feind gescheitert. Origny und die Höhen nordwestlich davon wurden behauptet. Zahlreiche Panzerwagen des Feindes wurden zerstört. Die Batterie des Leutnants Mechowser vom Reserve-Artillerie-Reg. Nr. 1 und Leutnant Juppke vom Feld-Art.-Reg. Nr. 444 haben dabei hervorragenden Anteil. Im Serre-Abschnitt blieben feindliche Vorstöße aus Mortiers heraus vor unseren Linien liegen. Heftige Angriffe gegen den Souche zwischen Froimont und Pierrepont wurden von polenischen und mitteleuropäischen Regimentern abgewiesen. Gegen Abend schlug das Jägerregiment Nr. 37, das Grenadierregiment Nr. 119 und das Infanterieregiment Nr. 121 hier erneut mit großen Kräften vorbereitende Angriffe des Feindes zurück. Beiderseits von Sissonne blieb die feindliche Infanterie gestern untätig. Auf den Höhen westlich der Döse stieß ein eigener örtlicher Gegenangriff gegen den Feind mit weitgedehnten Zielen zwischen Noye-Comte und der Wisne angelegt hatte. Schon beim Uebergreifen der Höhen westlich von Noye-Comte erlitt der Feind in unserem Artilleriefeuer schwere Verluste. Hier, sowie westlich von Rocogne sind die Angriffe des Gegners gescheitert. In dem schloßartigen und dichtbewaldeten Gelände westlich der Wisne dauerten erbitterte Kämpfe tagüber an. Bis zum Abend waren sie zu unseren Gunsten entschieden. Sie fanden etwa an der Straße Rocogne—Chateau—Pardien und bei Porpey ihren Abschluß.

An der Wisne-Front und bei der Heeresgruppe von Gallwitz beiderseits der Maas keine größeren Kampfhandlungen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Bewegungen in rückwärtigen Linien verliefen planmäßig. In erfolgreichen Abwehrkämpfen bei Reasenovac und Jagodina sicherten Nachhuten den Abmarsch unserer Hauptkräfte.

Der Chef des Generalstabes des Heeres.

Deutscher Kriegsschauplatz. Keine politischen Meldungen.

Nach Bitterfeldungen ist die österreichisch-ungarische Antwortnote an Wilson bereits fertiggestellt. Die Note ist in sehr entgegenkommendem Ton gehalten. Sie wird heute abgeschickt werden.

Keine politischen Meldungen.

Eine internationale Sozialistenkonferenz. Der schwedische Sozialistenführer Branting wandte sich an den holländischen Sozialistenführer Troelstra mit dem Vorschlag, sofort mit den Vorbereitungen für die Zusammenberufung eines internationalen Sozialistenkongresses nach Stockholm zu beginnen. Die Einladungen hierzu sollen von einem gemeinsamen holländisch-standinawischen Komitee ergehen, wobei man hier damit rechnet, daß die Konferenz bereits Mitte November zusammenzutreten könnte. Was die Aussichten eines Stockholmer Kongresses der Internationale anbelangt, so neigt man hier der Ansicht zu, daß namentlich die italienische und französische Sozialdemokratie sich für Stockholm aussprechen dürfte. Die Tatsache, daß der neue Beschluß der italienischen Arbeiterpartei, für einen weltlichen Rechtsfrieden einzutreten, und der weitere Umstand, daß innerhalb der französischen Sozialisten eine starke Strömung für einen Wiederauftritt der Internationale sich neuerdings bemerkbar macht, werden als günstige Vorgänge für eine Stockholmer Konferenz aufgefaßt.

Die Flamen weigern sich, Flandern weiter zu verwalten. „Der Vaterland“ erfährt von einem Belgier, der aus Brügge kam, daß unter den flämischen Soldaten ein Aufstand ausgebrochen ist. Sie weigerten sich, Flandern weiter zu verwalten, worauf sie durch Engländer ersetzt wurden. Er fügt noch hinzu, daß die Anzahl der belgischen Soldaten, die in Flandern kämpfen, sehr gering sei. Belgische Reisende melden, daß Wert von den Deutschen geräumt worden ist. Die deutschen Truppen seien abgezogen. Infolge der nunmehr zunehmenden Fliegergefahr hat ein großer Teil der Einwohner die Stadt verlassen. Wie berichtet wird, soll die belgische Regierung nach Ostende überfiedeln, wo schon die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden. Auch das belgische Königs-paar wird dort in einer Villa seinen Sitz nehmen.

Die republikanischen Varen von Südafrika fordern in einem Aufrufe ihre Unabhängigkeit von England.

Von Stadt und Land.

Kur, 28. Oktober.

Kein plötzlicher Preissturz!

Die Fachzeitschrift „Deutsche Konfektion“, das Organ des Reichsverbandes für Herren- und Knabenkleidung sowie des Reichsverbandes für Damen- und Mädchenkleidung, schreibt:

Die Friedensausichten führen auf wirtschaftlichem Gebiet neuerdings zu ähnlichen Erscheinungen wie vor etwa Jahresfrist bei dem Frieden mit Rußland. Jetzt wie damals ist das Publikum der hoffnungstrogen Ansicht, daß mit dem Augenblick, in dem der erste Strahl der Friedenssonne sich durch das dunkle Gewölbe zwängt, auch all die wirtschaftlichen Mißstände sofort wie Gespenster verschwinden müssen, die nur in dem Dunkel des Krieges und bedrängten konnten. Wer allem glauben diese, daß die teils wahnstinnig gestiegenen Preise nun einen plötzlichen Sturz erfahren würden, der aller Not mit einem Schlag ein Ende macht. In dieser Annahme hält das verbrauchende Publikum schon jetzt mit den Einkäufen in einer Weise zurück, die sich besonders auf dem Gebiet der Bekleidung sehr fühlbar macht. In einigen Wochen, so glaubt man, wird der Mantel oder der Anzug für die Hälfte oder den dritten Teil des jetzigen Preises zu haben sein.

Diesem Glauben wird genau wie beim russischen Frieden eine arge Enttäuschung folgen. Die unumstößliche Bedingung für billigere Preise müßte eine Zunahme des Angebots gegenüber einer Abnahme der Nachfrage sein. Von einem wachsenden Angebot, d. h. einer merkbaren Vermehrung der Warenmenge, kann aber weder in den ersten Monaten des Friedens noch lange Zeit darüber hinaus die Rede sein. Das geht aus folgendem hervor:

1. Die Zufuhr der uns fehlenden Rohprodukte kann nur in so langsamem Tempo und in so knappem Umfang erfolgen, daß von einer Wiederauffüllung des Marktes gegenüber dem gesteigerten Bedarf keine Rede sein kann. Die ganze Welt ist ausgehungert, und namentlich die Weltvorräte an Baumwolle und Wolle sind überaus knapp, teils infolge unzureichender Ernte, teils infolge des im Krieg gesteigerten Verbrauchs. Die Zuteilung an die einzelnen Länder kann nur tropfenweise vor sich gehen, und wir können sicher sein, daß man Deutschland dabei nicht bevorzugt. Dazu kommt die Schwierigkeit des knappen Schiffsraumes und die unserer Baltika.

2. All diese Umstände tragen dazu bei, daß auch der Weltpreis in einer Weise gestiegen ist, die eine Verbilligung der Waren vor der Hand ausschließt.

3. Man spricht von riesigen Vorräten, die eingehamstert sind und unter dem Eindruck der Friedensbotschaft nun plötzlich aus ihren Verläden auftauchen. Man kann nicht ablegen, daß das zum Teil zutrifft, aber eines ist sicher, daß diese verborgenen Schätze gewaltig überschätzt werden. Der reelle Fabrikant und der reelle Zwischenhändler stehen schon lange vor gänzlich leeren Regalen. Was noch vorhanden ist an Stoffen, befindet sich in Händen von Schiebern und Kettenhändlern, aber diese Mengen können nach Schätzung aller sachkundigen Beurteiler unmöglich so groß sein, daß sie auf die Preisbildung des Warenmarktes von irgendwelcher Bedeutung sind. Die Nachfrage nach dem wenigen, das zu haben ist, ist so groß, daß der Schieber, selbst wenn er in der ersten Befürsorgung über die Friedensbotschaft die Ware billiger anbietet, recht bald wieder zur Bestimmung kommt und mit den Preisen erneut ansteigt.

4. Ganz ähnlich verhält es sich mit den Vorräten die durch den Kriegesbedarf beschlagnahmt und referiert, mit dem Frieden wieder der Verbilligung anzuwenden sollen. Zunächst dauert es bis zum Abschluß des Friedens sicherlich eine Reihe von Monaten, ehe man von einer Demobilisation und von einer Freigabe der Vorräte keine Rede sein kann. Aber auch dann vollzieht sich die erstere so langsam und schrittweise, daß auch die Varen nur tropfenweise dem Markte wieder zugeführt

werden können. Zudem werden die Textilwaren der Reichsbekleidungsstelle überwiesen, welche dieselben in der gewohnten Weise leblich der bedürftigen Bevölkerung nach und nach abgibt.

Nach wie vor wird also geringes Angebot herrschen. Die Nachfrage wird aber gesteigert 1. durch Rückkehr der Krieger, die alle Zivilkleidung gebrauchen, 2. durch Gründung neuer Haushaltungen und 3. angesichts der Abnahme zurückgehaltener Bedarfs. Ein Abbau der Preise kann daher nur sehr langsam und allmählich erfolgen. Es ist selbstverständlich ratsam, in diesen Zeiten der Teuerung nur das Nötigste zu kaufen. Zurück zu halten wäre es, selbst dringende Bedürfnisse zurückzulassen, in der trügerischen Hoffnung, sie bald billiger beschaffen zu können.

12 1/2 Milliarden 9. Kriegsanleihe gezeichnet Von unterrichteter Seite hören die „Frankf. Nachr.“, daß die Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe bereits ein sehr günstiges Ergebnis gezeitigt haben. Man spricht davon, daß schon jetzt Zeichnungen eingegangen sind, die dem Gesamtergebnis der 7. Kriegsanleihe entsprechen, die rund 12 1/2 Milliarden ergeben hatte. Die 8. Kriegsanleihe brachte bekanntlich mit 4 1/2 Milliarden den größten Erfolg aller Anleihen.

Die 9. Kriegsanleihe brachte bekanntlich mit 4 1/2 Milliarden den größten Erfolg aller Anleihen. — Die Pensionskasse für die Arbeiter der Preussisch-Sächsischen Eisenbahngemeinschaft, welche von den ersten 9. Kriegsanleihen bereits rund 171 Millionen Mark Reichshuldbriefforderungen erwarb, hat auf die 9. Kriegsanleihe wieder 20 Millionen Mark gezeichnet.

Zur Windelwoche in Aue. Von hiesiger zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: „Die in Aue im September abgehaltene Sammlung der Stadt zu Gunsten der kriegsbeschädigten Mütter hat das in Anbetracht der Zeitumstände günstige Ergebnis von 2 1/2 Ztr. Wäsche und vielen brauchbaren Gegenständen sowie von 800 Mark in Bar gebracht. Manche opferfreudige Hausfrau hat ihrer noch irgend entbehrliche Säuglingswäsche herangegeben. So auch mit dem Vorhandenen in dringenden Fällen hoffentlich ein wenig Hilfe geschaffen werden. Nach Durchsicht und Fortleitung der eingegangenen Spenden in unserer Sammelstelle ist der Reichsdruck gefast worden, die Verteilung der Wäsche nur durch Vermittlung der Hebammen vorzunehmen, um eine Gewähr für möglichst gerechte Unterverteilung zu gewinnen. Für jede der vier Hebammen der Stadt ist ein sogenannter Wanderkorb zusammengestellt worden, der Bett und Leibwäsche für Wöchnerin und Säugling enthält und in dringenden Fällen von den Hebammen für einige Tage verliehen werden soll, bis es den Wöchnerinnen möglich ist, sich das erforderliche zu verschaffen. Alle die Mütter, welche für ihre Säuglinge einzelne Gegenstände wie Windeln, Hemdchen, Hüpfchen als Eigentum gebrauchen, haben sich an die Hebammen zu wenden, welche dann das Verlanen in der Sammelstelle in Empfang nehmen können. Eine direkte Verteilung an die Verbraucherinnen selbst wird ausgeschlossen. Ein großer Teil aller neuer Reste und Wäschestücke ist zur Verarbeitung zu Windeln und Hemdchen gelangt, wir hoffen, daß das Kriegsamt unserer Hilfe um Zutritt ersucht, um die nötige Arbeit vornehmen zu können. Von den Hebammen vorgeschlagene besondere Anschaffungen sollen von dem eingegangenen Barvermögen gemacht werden. Die Einrichtung von zwei vollständigen Kinderkörben mit Betten und Wäsche, die ebenfalls zum Verleihen in Frage kommen werden, ist in Aussicht genommen.“

Die amtliche Festschrift schließt mit dem Dank an alle Mäherinnen, besonders an die Schuldirektoren, voran Studienrat Dr. Goldhan und seine Familie, an die künftigen Schäterinnen, die die Hausammlung ausführten, sowie an die unmittelbare mitthelfenden Hebammen.

Feuer. Ein Zimmerbrand ereignete sich vom Sonnabend zum Sonntag gegen 2 Uhr früh im Hause, Markt Nr. 5. In einer als Vorderzimmer benutzten Kammer war unter der Decke ein Balken angebracht, vermutlich dadurch, daß aus dem am Abend vorher benutzten Badeofen Kohlenstücke heraus und zwischen die Deckung, die lüftungsfähig war, gefallen waren. Die sofort alarmierte Feuerwehr löschte bald den Brand und verheerung sei weiterem Umsichgreifen. Der entstandene Schaden ist unbedeutend. Vorläufige oder fahrlässige Brandstiftung erscheint ausgeschlossen.

Allgemeine Volkszählung am 4. Dezember 1918. Für die praktische Durchführung der Verordnungsregelung ist eine regelmäßige einwandfreie Feststellung der Bevölkerungszahl des Reichs unerlässlich. Es sind für diesen Zweck bereits am 1. Dezember 1916 und am 5. Dezember 1917 allgemeine Volkszählungen vorgenommen worden. Die im Dezember 1917 ermittelten Zahlen können nicht mehr als zuverlässige Unterlagen für die Verteilungsmassnahmen des nächsten Jahres angesehen werden. Daher ist auch in diesem Jahre die Vornahme einer Volkszählung wieder notwendig. Der Bundesrat hat dementsprechend angeordnet, daß am Mittwoch, den 4. Dezember 1918, eine solche Zählung vorgenommen werden soll. Die Zählung dient nur statistischen und wirtschaftlichen Zwecken. Für die Durchführung wird wieder auf die freiwillige Beteiligung geeigneter Personen als Zähler zurückgegriffen werden müssen.

Zur Kartoffelversorgung in Sachsen. In letzter Zeit hat in manchen Kreisen Beunruhigung wegen der Kartoffelversorgung Platz gegriffen, weil die Umbedung auf die Landeskartoffelkarte mehrfach Schwierigkeiten begegnet ist. Der Grund dafür liegt außer Preisüberwertungen einzelner, gegen die mit Nachdruck eingegriffen wird, u. a. auch darin, daß die diesjährige Ernte gegen das Vorjahr geringer und augenblicklich noch nicht überall geerntet ist. Wer nicht in der Lage ist, sich auf

Landeskartoffelkarte rechtzeitig einzubeden, kann jeder Zeit seinen Abschnitt der Landeskartoffelkarte in Wochenmärkten eines Kommunalverbandes umtauschen. Die Winterumbedung sämtlicher Kommunalverbände mit Kartoffeln ist augenblicklich allerdings noch nicht durchgeführt, da die Lieferung aus preussischen Kreisen infolge verspäteter Ernte, Wagenmangels und starken Umschlagens der Grippe bislang noch nicht dazu ausreichten. Der Wagenmangel ist aber nunmehr behoben und von der Landeskartoffelstelle sind auf dringliche Vorstellungen des Landeslebensmittellamtes neuerdings noch 80000 Ztr. Kartoffeln in Sachsen zugewiesen worden. Wenn also nicht infolge militärischer Maßnahmen erneut Wagenmangel eintritt, und das frostfreie Wetter noch einige Zeit anhält, so ist eine wesentliche Besserung der Zufuhren und damit eine geordnete Winterversorgung mit Kartoffeln zu erwarten.

Die Grippe und die Eisenbahn. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten gibt bekannt, daß zahlreiche Erkrankungen an Grippe schon seit längerer Zeit empfindlich auf den Eisenbahnbetrieb einwirken. Durch die inzwischen durchgeführten Zugbeschränkungen konnte bisher den Anforderungen des Verkehrs einigermaßen entsprochen werden. Die starke Zunahme der Erkrankungen — es sind bisher etwa 45000 Bedienstete im preussisch-sächsischen Eisenbahnverkehr durch die Grippe dienstuntauglich — erfordert schleunigst die Aufhebung weiterer Zugbeschränkungen zur Gewinnung von Lokomotiv- und Zugbegleitpersonal, um ernste Schwierigkeiten bei der Abwicklung des Kriegswirtschaftlichen und des Nahrungs- und Bekleidungsverkehrs abzuwenden. Bei dem Ernst der Lage hat sich die Eisenbahnverwaltung daher genötigt gesehen, nunmehr auch die Personenzüge erheblich einzuschränken und einen großen Teil der zur Zeit fahrenden Züge vorübergehend aufzuheben.

In Chemnitz ist die Grippe in weiterem Zunehmen begriffen. Der Rat der Stadt verbietet deshalb zunächst bis auf weiteres die Abhaltung aller öffentlichen Konzerte und Vortrüge mit allen sonstigen öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen, sowie die Abhaltung von Vorstellungen in den Theatern und in den Alnos. Auch wurde der Schulunterricht eingestellt. In Zwickau bleiben wegen des weiteren Umschlagens der Grippe bis auf weiteres alle Theater, Alnos, Konzerte und Versammlungsorgane geschlossen.

32000 Frauenmünder für die Kommunalverbände. Die Reichsbekleidungsstelle hat beschließen, den Kommunalverbänden zur Deckung des dringlichsten Bedarfs des Bevölkerung 32000 Frauenmünder zu liefern. Dieser geringen Anzahl werden natürlich nicht alle Kommunalverbände berücksichtigt werden können. — Ferner hat die Reichsbekleidungsstelle den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern und Arbeiterinnen durch Vermittlung der Kriegswirtschaftskämter rund eine Million Anzüge und 150000 Decken zur Verfügung gestellt.

Rohlenentladung am Reformationstage. Am 31. Okt. (Reformationstag) werden viele Kohlenwerke ihre Vertriebsvoll aufrechterhalten. Es erscheint im öffentlichen Interesse allseitig dringend geboten, die Eisenbahnalterwagen in diesem Tage zu entladen, damit eine Unterbrechung der Bestellung leerer Wagen an die Kohlenwerke nicht eintritt.

Bürgerversammlung. Der verstorbene Ehrenbürger der Stadt, Stadtrat Moritz Meißner, hinterließ der Stadt zwei Vermächtnisse in Höhe von je 10000 Mark. Das eine ist für das geplante Bürgerhospital bestimmt.

Leipzig, 27. Oktober. Zur Behebung des Mangels an Umlaufmitteln haben Rat und Stadtvorordnete beschlossen, Gutscheine auszugeben, und zwar 1 Million Stück 10-Mark-Gutscheine und 750000 Stück 5-Mark-Gutscheine, zusammen also für 20 Millionen Mark Kennwert. Die Kreishauptmannschaft hat aber nur die Ausgabe von 15 Millionen Mark genehmigt. Dagegen sollen Vorstellungen erhoben werden.

Treuen, 26. Oktober. Wegen großer Unterschleife hatte sich der Kaufmann Heinrich Kuboff vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Dieser hatte in den letzten acht Jahren in seiner Stellung als Kassierer und Prokurist einer großen Fabrik nach und nach über 120000 Mark unterschlagen. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis.

Helft unseren Kriegsgefangenen!

Am 1. und 2. November Landesversammlungen für das rote Kreuz!

Letzte Drahtnachrichten.

Zu Ludendorffs Rücktritt.

Wien, 27. Oktober. Mehrere Blätter, welche die Meldung vom Abgange Ludendorffs besprechen, erklären, seine Abberufung bedeute nicht bloß einen entscheidenden weiteren Fortschritt in der demokratischen Umgestaltung Deutschlands, sondern ein weiteres Eingehen auf die Forderungen Wilsons. Die Blätter sagen übereinstimmend, daß Ludendorff eine der mächtigsten Gestalten des Weltkrieges war, dem nicht nur sein Vaterland, sondern auch die übrige Welt als Verherrlichung der deutschen Militärmacht und als stolzer Triumph den Lorbeer nicht verweigern könne.

Ministerrat in Paris.

Paris, 27. Oktober. Im Ministerrat, welcher gestern Nachmittag stattfand, gaben Clemenceau und Wilson Erklärungen über die Lage nach militärischen und diplomatischen Gesichtspunkten ab. Clemenceau sagte, die Lage sei unausgeglichen, Gegenstand der Beratungen der alliierten Regierungen, und es würden gemeinsame Entscheidungen getroffen. Der Ministerrat wird nächsten Dienstag wiederum zusammentreten.

Feindliche Pressestimmen zu den Waffenstillstandsbedingungen.

Wien, 27. Oktober. In der Londoner Morning Post führt Oberst Keplington die unerlässliche militärische Notwendigkeit aus, Frankreich die Rheingrenze strategisch zu sichern. Durch den Zerfall Ostpreußen-Litauen sei Deutschland für die Zukunft ebenso gestärkt, wie durch den Zerfall Rußlands. Wie auch sonst immer die Friedensbedingungen lauten möchten, diese zwei Ergebnisse blieben für Deutschland ein absoluter Gewinn. Deshalb müßten die Westmächte, dem Beispiel der Römer folgend, den Rhein als Schutzgrenze gegen einen künftigen deutschen Angriff festlegen.

Paris, 26. Oktober. Petit Parisien führt u. a. aus: Die Alliierten haben sich schon seit einigen Wochen über die Bedingungen des Waffenstillstandes besprochen. Offenbar wurde dabei die zeitweilige Besetzung von Festungen, Gebieten und Häfen und die Abtretung gewisser Kriegsmaterials für Armee und Marine ins Auge gefaßt. Welche Haltung die Berliner Regierung auch ergreifen mag, die Entente wird keinesfalls überrascht sein. Sie ist bereit, den Krieg fortzusetzen oder zu verhandeln, je nachdem sich die Mittelmächte fügen werden oder nicht. Die anderen Pariser Zeitungen erklären übereinstimmend, daß nunmehr doch das Wort habe.

Edouard de Paris sagt: Die Diskussion zwischen der Entente und Deutschland muß rein militärisch bleiben. Den künftigen Frieden werden wir mit Washington besprechen. Mit Berlin werden wir nur die Kapitulation erörtern. Jede Verwechslung der beiden Gebiete würde dem Feinde zugutekommen. Die Bedingungen der Kapitulation, die noch mit Belgien, Persien und Rumänien festgesetzt werden, werden Deutschland nicht auf diplomatischem Weg übermitteln werden; denn es ist selbstverständlich, daß Deutschland über diese Bedingungen kein Urteil zu fällen hat. Deutschland wird unter dem Schutz der weißen Flagge Kapitulation unterzeichnen müssen. Rigoro sagt: Die Bedingungen des Waffenstillstandes müssen so sein, daß den Westmächten, der den Waffenstillstand gewährt, einen Vorteil daraus zieht, der den weit übersteigt, den der Feind erwartet. Der Waffenstillstand ist nicht nur die militärische, sondern auch die politische Kapitulation.

Die Vorgänge in Ostpreußen. Wien, 27. Oktober. Die Blätter berichten über eine Sitzung der deutsch-österreichischen Reichsparteileitung, die sich insbesondere für engsten Anschluß an das deutsche Reich aussprach.

Die Vorgänge in Ungarn. Budapest, 27. Oktober. Abnig Ravi hat das Entlassungsgesuch des Grafen Surlan unter Verletzung des Ordens vom Goldenen Hlitz angenommen und den Grafen Julius Andrássy zum Minister des Inneren, sowie den Grafen Karolyi zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt.

Rumänen in der Dobrußa. Wien, 27. Oktober. Der Berichterstatter der Rumänen Presse meldet aus Czernowitz, daß rumänische Truppen in die Dobrußa eingerückt sind.

Was Wilson will. Helsingfors, 26. Oktober. Zu Wilsons Antwort äußert sich das Blatt Husi Varlova sehr pessimistisch. Das Blatt glaubt, Wilsons Absicht sei, Amerikas Herrschaft über Europa zu sichern; dazu sei Europas Ruin nötig. Wilson rechne damit, daß nicht nur Deutschland, sondern auch England und Frankreich reif für die Revolution seien, und wenn der Sturm losbräche, wäre Europa verloren, aber nicht Amerika, das den Krieg an eigenen Leibes kaum kennen gelernt habe. Die Zeitung erinnert an den Ausspruch des englischen Blattes Spectator, das bereits vor 20 Jahren schrieb: „Deutschland müsse zerstört werden.“ Die Zeit müsse zeigen, wie weit Deutschlands tapferes Volk kampflustig in dieses Schicksal finden werde.

Amerikanische Flottenbewegungen. Washington, 25. Oktober. (Reuter.) Sekretär Daniels teilte der Kommission für Marineangelegenheiten in einer Erklärung mit, daß nächstes Jahr für die Seemannschaft von Kriegsschiffen und Handelsschiffen 300000 Offiziere und Mannschaften notwendig sein würden. Der größere Teil davon werde für die neuen Handelsschiffe benötigt, die sich nach der Kriegslage ergeben.

Die Luftangriffe auf Konstantinopel. Konstantinopel, 26. Oktober. Hier anlässige Amerikaner und Engländer beschlossen die Abfertigung einer Depesche an ihre Regierungen mit der Bitte, Luftangriffe zu unterlassen, da hierdurch nur Zivilpersonen getötet würden.

Ruhestörungen in Berlin. (Amtlich.) Berlin, 27. Oktober. Im Anschluß an fünf Wahlversammlungen, welche die unabhängige sozialdemokratische Partei am Sonntag 8 bis 11 Uhr in Berlin veranstaltet hatte, an welchen insgesamt 3 mit 6000 Menschen teilnahmen, kam es an einigen Stellen der Stadt zu unbedeutenden Ruhestörungen, die von der Polizei ohne Schwierigkeit unterdrückt wurden. Der russische Botschaft hatte sich am späten Nachmittag eine größere Anzahl unruherischer Menschen versammelt, die durch ihr lärmendes Auftreten zahlreiche Reuegler herbeizogen. Dadurch wurde der Verkehr behindert, so daß er durch Eingreifen der Polizei geregelt werden mußte. Es fanden im ganzen sechs Festnahmen statt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. — Druck und Verlagsanstalt: Neue Druck- u. Verlagsanstalt m. b. H.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief sanft in dem Herrn Sonnabend abend 1/6 Uhr unsere gute, treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Wilhelmine verw. Lang

geb. Heinze

in ihrem noch nicht vollendeten 69. Lebensjahre. Dies zeigen hierdurch tiefbetrübt an

die trauernden Kinder
nebst übrigen Hinterbliebenen.

Aue, den 28. Oktober 1918.

Die Beerdigung unserer teuren Entschlafenen erfolgt Dienstag mittag 1/41 Uhr vom Trauerhause, Mehnertstr. 26, aus.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief Sonnabend, den 26. Okt., vorm. 1/411 Uhr sanft und ruhig meine über alles geliebte, herzengute Frau, unsere treusorgende Mutter, Tochter, Schwester u. Schwägerin

Milda Schneider geb. Werner

in ihrem 45. Lebensjahr.

In tiefem Weh zeigt dies hierdurch an

der schwergeprüfte Gatte Max Schneider
nebst Kindern.

AUE und im Felde, den 28. Oktober 1918.

Die Beerdigung unser lieben, viel zu früh Dahingegangenen erfolgt Mittwoch mittag 1/41 Uhr v. Trauerhause, Wettinerstr. 35, aus.

Am Sonnabend mittag 1 Uhr verschied nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Elsa Lilli Martin geb. Steinmüller

im 31. Lebensjahre. Dies zeigt hierdurch an

Johann Martin, z. Zt. im Felde,
nebst übrigen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung unser teuren Entschlafenen findet Mittwoch mittag 1 Uhr vom Trauerhause, Wettinerstr. 82, aus statt.

Hierdurch die schmerzliche Nachricht, daß Sonnabend abends 1/6 Uhr nach kurzem, aber schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter und Tante

Lina Böhm geb. Bretschneider

in ihrem 62. Lebensjahre sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefem Weh zeigen dies hierdurch an

Eduard Böhm nebst Kindern
und allen Angehörigen.

AUE und im Felde, am 26. Oktober 1918.

Die Beerdigung unserer lieben, viel zu früh Dahingegangenen erfolgt Mittwoch nachm. 1/22 Uhr vom Trauerhause, Reichsstraße 33, aus.

Nach langem, schwerem Leiden verschied plötzlich und unerwartet gestern früh 2 Uhr unser innigstgeliebter Sohn und Bruder

Erich Hans

in seinem noch nicht vollendeten 15. Lebensjahre.

Dies zeigt hierdurch an

die tieftrauernde Familie Willy Lauer
nebst allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 2 Uhr vom Trauerhause, Ernst-Papst-Str. 6, aus statt.

Unsere innigstgeliebte, herzengute, sonnige Schwester, Schwägerin und Tante

Käte Vögtel

Helferin in der Apotheke zu Schneeberg.

Ist heute Nacht 1/41 Uhr im jugendlichen Alter von 19 1/4 Jahren, als Opfer einer heilmittelschen Lungenerkrankung von uns genommen worden.

In tiefstem Schmerze

Fedor Slegert und Frau Marie geb. Vögtel
Gertrud verw. Eichler geb. Vögtel
Hans Hoppe und Frau Margarete geb. Vögtel
Ellsabeth und Albert Vögtel
Marlechen und Martin Slegert.

Dorpat und Auerhammer, Chemnitz, (Barbarossastr. 16 und Hilberstr. 7), Stollberg, den 27. Oktober 1918.

Die Beerdigung unserer lieben Entschlafenen findet Donnerstag, den 31. Oktober nachmittags 1 Uhr auf dem Nikolai-Friedhof in Aue statt. Der Trauerzug bewegt sich mittags 12 Uhr von Auerhammer, Talstraße 25 aus.

Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer innigstgeliebten, teuren, unvergesslichen Entschlafenen

Anna Rosa Seltmann

sagen wir allen Nachbarn, Verwandten und Bekannten von nah und fern herzlichsten Dank. Besonderen Dank allen denen, welche ihr schon während der Krankheit Liebe und Freundschaft bewiesen haben. Ganz besonderer Dank gebührt der ihr nun in die Ewigkeit nachgehenden Frau Anna Auguste Hutscheureuter geb. Espig, die ihr bis zur letzten Stunde mit aufopfernder Liebe und persönlicher Pflege beigegeben hat. Der Herr wird es ihr nun selbst reichlich lohnen. Wer Liebe sät, wird Liebe ernten!

Dir aber, teure Entschlafene, rufen wir ein Habe Dank! und Ruhe in Frieden! in Deine kühle Gruft nach. Auf Wiedersehen!

Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gelobt! So fährst du doch recht selig, Herr, die Deinen, ja selig und doch meiste wunderlich!

Der trauernde Gatte Amandus Seltmann
nebst Kindern und allen Angehörigen.

AUE, 28. Oktober 1918.

Für die zahlreichen Beweise inniger Anteilnahme bei dem so frühen Hinscheiden unseres guten Vaters und Schwiegervaters

Herrn Bernhard Ficker

sagen wir allen, unsern herzlichsten Dank. Besonderer Dank gebührt seinem verehrten Arbeitgeber, seinen Mitarbeitern und -Arbeiterinnen für die erwiesene Aufmerksamkeit.

Die tieftrauernden Kinder.

Aue, den 28. Oktober 1918.

Todes - Anzeige.

Am Sonnabend früh 1/45 Uhr hat Gott nach einem arbeitsreichen Leben unsere liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Franziska Marie verw. Gräßler geb. Rettig

in ihrem 56. Lebensjahre in die Ewigkeit ab.

AUE, Oelsnitz i. V., Mülsen St. Jakob und im Felde, 28. Okt. 1918

Die trauernden Kinder.

Die Beerdigung findet Dienstag vorm. 1/12 Uhr in Sachsenfeld im Prinzeß-Marien-Südt statt.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß Sonntag vorm. 1/12 Uhr mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Groß- u. Schwiegervater, der

Stuhlbauer Richard Wagner

im 51. Lebensjahre plötzlich und unerwartet sanft verschieden ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Kamilla verw. Wagner geb. Weisflog
nebst Angehörigen u. übrigen Hinterbliebenen.

Aue, Zwickau und Planitz, den 27. Oktober 1918.

Die Beerdigung unseres lieben Vaters erfolgt am Donnerstag mittag 1/41 Uhr vom Trauerhause, Mehnertstr. 42, aus.

Für die vielen Beweise der großen Liebe und Verehrung beim Heimgange meiner geliebten, unvergesslichen Gattin und Mutter, unserer guten Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Selma Helene Junghans geb. Keller

sagen wir allen lieben Verwandten, Hausbewohnern, Nachbarn und Bekannten, sowie Herrn Pastor Kunde für seine trostreichen Worte innigsten Dank.

Der tieftrauernde Gatte und Sohn
nebst Geschwistern u. allen Hinterbliebenen.

AUE, den 28. Oktober 1918.

Drucksachen

für Familien - Angelegenheiten

liefert schnell und in bester Ausführung die Buchdruckerei

Aue: Tageblatt
Ernst-Papst-Str. 19.

Zöpfe

empf. in großer Auswahl Stern & Gauger Zöpfe u. Perlekettenfabrik, Aue Wettinerstr. 44 am Hauptplatz. Besondere gute Preisverhältnisse für Kausgewerke.

Ein sehr gut erhaltenes

Fahrrad

zu verkaufen. Albert Quenfein, Schneeberg.

Kinderwagen

billig zu verkaufen. Verbleibend, Wettinerstr. 94

Beliebiges Tuch für Strümpfe noch querh. Samirungen. (Hilf. Weg 6. T. 1255) nur 2,-!

1-2 Paar Strümpfe

zum Verkauf für Herren. (Hilf. Weg 6. T. 1255) nur 2,-!

der tüchtigsten Stützen unseres Heereswesens gesichert bleiben. (Abb. Beil.)

Die Aussprache schließt. Der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten geht an den Verfassungsausschuß.

Darauf werden die Verfassungsanträge der Mehrheitsparteien unter lebhaftem Beifall der Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen nur die Konservativen und einige Mitglieder der Deutschen Fraktion.

Das Haus vertagt sich. Abgeordneter Dore erbitte für den Präsidenten die Ermächtigung, die nächste Sitzung anzusetzen. Das Haus ist damit einverstanden.

Zurechenbarkeit früherer politischer Fehler?

In den Fraktionsitzungen der Mehrheitsparteien am Sonnabend wurde zum ersten Male die Frage einer Zurechenbarkeit der früheren politischen Fehler des Reiches erörtert, soweit man ihnen die Schuld an der inwärtigen eingetretenen allgemeinen Lage zumißt. Diese Frage befindet sich jedoch erst im Stadium der Vorberätungen; mit Anträgen bestimmter Art befaßten sich die Fraktionen noch nicht. Es herrscht aber der Wille der Mehrheitsparteien, eventuell „Schuldige“ der früheren Reichsregierung unnachlässig der Verantwortung zuzuführen.

Veränderungen im deutschen diplomatischen Dienst.

Aus Kreisen der Mehrheitsparteien wird gemeldet, daß die weitere unmittelbare Folge der Parlamentarisierung des Reiches allgemeine Veränderungen im diplomatischen Dienst sein werden. Eine Anzahl wichtiger Gesandtenposten werden demnächst ihre Vertreter wechseln.

Ein neuer Antrag der Sozialdemokratie.

Seitens der Sozialdemokratie ist beim Reichstag ein weiterer Antrag zur Abänderung der Reichsverfassung eingegangen, wonach der Reichstag an dem Reichstage mindestens alljährlich über die Lage des Deutschen Reiches und seine internationalen Beziehungen schriftlich zu berichten haben soll. Auf Verlangen des Reichstages soll das Urkundenmaterial über bestimmte Gegenstände vollständig vorgelegt und über einzelne Gegenstände jederzeit Bericht erstattet werden.

Keine Anfragen.

Dem Reichstag ist eine Reihe von Anfragen zugegangen. Der Abgeordnete Dr. Werner (Liesing) fragt über bolschewistische Umtriebe deutscher Sozialdemokraten: „Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten veranlaßt, insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, fortgesetzt Versammlungen, in denen offen zum Umsturz der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung aufgefördert wird. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Herzfeld hat am vergangenen Sonnabend in Iserlohn den Bolschewismus ge-

feiert und eine ungeordnete Demobilisation unseres Heeres als für die Zwecke der Revolution unannehmlich bezeichnet. Dazu lassen die Unabhängigen bolschewistische Aufreize in Ungleich durch das Land geben. Was gebietet der Herr Reichstagspräsident gegen diese staatsgefährliche Taten zu tun?“

Eine kompromittierte Erklärung im Reichstag.

In der letzten Sitzung des Herrenhauses gab Präsident Graf von Helldorf bekannt, daß folgender Antrag der konservativen Fraktion eingegangen ist: „In der Zeit der tiefsten Not des deutschen Volkes ist es Pflicht und Recht des Preussischen Herrenhauses, zum Ausdruck zu bringen, wie unerbittlich der Zusammenhang zwischen dem preussischen Herrscherhause und seinem Volke ist. Der König von Preußen wird sein Volk auch in der dunkelsten Stunde treu erfinden. Das Herrenhaus wird, eingebend seiner Vergangenheit, allezeit zu seinem angestammten Herrscher als Schutzwehr vor dem Throne stehen.“ Der Antrag war genügend unterstützt; da aber geschäftsordnungsmäßige Bedenken gegen seine sofortige Behandlung vorlagen, schlug der Präsident vor, den Antrag bei Gelegenheit der nächsten Sitzung des Herrenhauses am 31. Oktober auf die Tagesordnung zu setzen.

Eine Ausrufung des deutschen Flottenvereins. Großadmiral v. Roeder erklärt folgende Erklärung:

„Der demütigenden Note des amerikanischen Präsidenten gegenüber, die das deutsche Volk erst wehrlos machen und danach politisch und wirtschaftlich vernichten, sowie aus der Reihe der eheliebenden, selbständigen Nationen austilgen will, gibt es für jeden Vaterlandsfreund nur eine Antwort: Kampf bis zum Neuzerker! Das ist, dessen bin ich gewiß, die Herzensmeinung aller Mitglieder des Deutschen Flottenvereins.“

Ausdehnung der Kriegsaushebung der deutschen Landwirtschaft.

Der Kriegsauschuß der Deutschen Landwirtschaft erklärt folgende Ausdehnung: Das Schicksal ruht mit eherner Stimme. Die Feinde wollen das Deutsche Reich zertrümmern. Es geht um alles, um Sein oder Nichtsein. Die deutsche Einheit, das Sehnen und Streben unseres Volkes seit Jahrhunderten, das Erbe Wilhelms I. und Bismarcks, ist in höchster Gefahr. Die bedingungslose Unterwerfung unter den Willen eines Willens wird uns auch wirtschaftlich auf Menschenalter zugrunde richten. Nicht nur die Landwirtschaft, sondern ebenso Industrie und jegliches Gewerbe, Millionen von Arbeitern würden brotlos werden. Daher fort mit Hader und Hank der Parteien. Fort mit aller Zwittermacht, die an unserem Mark vernichtend geht. Das Bleibe und Behalte, was wir haben, gehört jetzt unserem

ganzen Volke und unserer Existenz. Handwerker, Männer und Frauen, besetzt eure häuslichen Sorgen. Nur ein Gedanke laßt die Not der Stunde: Haltet treu zu Kaiser und Reich. Schart euch einmütig zusammen zu einer gemeinsamen Front, zum Schutze unserer Scholle, zum Schutze unseres Vaterlandes!

Das Reformprogramm in Bayern gescheitert?

Die interfraktionellen Verhandlungen über die demokratische Umgestaltung der bayerischen Verfassung, deren Abschluß man erwarten zu können glaubte, erlitten eine plötzliche Unterbrechung. In der gestrigen Sitzung der Parteiführer in der Regierung waren die Vertreter der Sozialdemokraten nicht erschienen. Sie hatten dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß sie von einer Teilnahme an den Beratungen absehen müßten, da sie keine Aussicht auf ein ersprießliches Ergebnis zu erkennen vermöchten. Diese Haltung dürfte auf innere Vorgänge in der Partei zurückzuführen sein. Die bisherigen Bemühungen in der Richtung eines gemeinsamen Reformprogramms dürften damit als fruchtlos und gescheitert gelten.

Die Remonstration in Württemberg.

Der „Württemberg. Staatsanz.“ schreibt: Daß die im Reichs eingetretene innerpolitischen Bewegungen eine Rückwirkung auf die Einzelstaaten nicht verfehlen werden, dessen war man sich in Württemberg von Anfang an bewußt. Wie wir wissen, hat die Regierung die Fragen sofort in Erwägung gezogen und tritt darüber mit den Parteien in Rührung.

Parlamentarisierung in Hessen.

Im Verfassungsausschuß der Zweiten Kammer teilte Staatsminister Ewald mit, daß die Staatsregierung die Aufhebung des Mehrstimmenrechtes und die Einführung der Verhältniswahl für Wahlkreise, in denen mehrere Abgeordnete gewählt werden, in Vorschlag bringen und über weitgehende Reformen der Verfassungs- und Verwaltungsgeetze mit dem Ausschusse in Rührung nehmen werde. Hinsichtlich der Parlamentarisierung habe der Großherzog den Ministern erklärt, daß er sich seither schon bei der Auswahl der Minister nicht auf einen engeren Kreis von Staatsbeamten beschränkt, sich vielmehr stets bemüht habe, nur solche Männer zu berufen, von denen er glaubte annehmen zu dürfen, daß sie das Vertrauen des Volkes genießen. Der Großherzog habe sich aber bereit erklärt, in Zukunft solche Berufungen nicht vorzunehmen, ohne daß durch vorheriges geeignetes Benehmen festgestellt ist, daß die zu Berufenden auch von dem Vertrauen der parlamentarischen Körperschaften getragen sind. Das Ministerium hat darauf, um die Bahn für diese Entwicklung freizumachen, die Entlassung erbeten. Der Rücktritt des Staatsministers und des Ministers des Innern wurde genehmigt, der des Finanzministers abgelehnt.

Apollo-Lichtspiele
Aue - Bahnhofstrasse
Dienstag bis mit Donnerstag, den 29.-31. Oktober
Die Heldin von Paratau.
Schauspiel in 4 Akten aus vornehmsten Kreisen.
Eine Intrigengeheule aus zwei Erdteilen.
Dekorationen nach Entwürfen von Ernst Sachs.
Hochseefischer der deutschen Marine.
Kriegsamtlischer Film.
Die nächtliche Begegnung.
Sensationelles Kriminal-Detektiv-Schauspiel
in 4 Akten.
Max Ruhbeck als Detektiv.
Wochentags Anfang 7 Uhr.
Donnerstag zum Reformationstag von 2-7 für
Kinder und Jugendliche, ab 7 Uhr für Erwachsene.
Höflichkeit ladet ein
Apollo-Lichtspielhaus.

Für 50 Pfg. eine Reise
nach Schweden nur im
Panorama
Aue, Ernst-Papet-Str.
Dreher
bei gutem Lohne
suchen
Jand & Knauf G.m.b.H.
Aue, Dr. Spitzengasse 65 C.

Se ein
**Reparaturschlosser
und Einspanner**
für dauernd gesucht.
**Excelsiorwert A.-G.,
Löbnitz i. Erzg.**

Einige geliebte
**Hohstaumnäherinnen
und Stickerinnen**
sowie 2 kräft. Mädchen
zur Besorgung der Post und Botengänge
gesucht.
**Wäschefabriken Gebr. Simon
Alt-Beil., Aue.**

Aue i. Erzgeb. - Bürgergarten.
Sonntag, den 3. November, abends 8 Uhr
Gastspiel der **Dresdner Operetten-Gesellschaft**
Direktion: Fritz Richard und Alfred Tittel.
Das Neueste! Noch nie dagewesener Erfolg in Berlin.
Kapellmeister Herbert Müller von der Kap. Hofoper.
Bulgarenmädel
Operettenrevue in 3 Akten v. R. Küller und Heinz Bobitzer.
Musik von Viktor Holländer.
Prolog der Piktoren: Im Vorverkauf in den Zigarrenhandl.
Paul Müller und Otto Lorenz.
Sparten (num.) Nr. 2., 1. Platz 1.50 Mk., 2. Pl. 1.-,
An der Abendkasse 2.50, 1.75 und 1.50.
Nachh. 1/4 Uhr Kinderveranstaltungen, Eintritt 60 und 30 Pfg.
eine jährliche Kinderoperette in
Der Zauberling, 4 Akten von R. Zimmermann.

**Stahlvertreter
gesucht.**
Es wird nur auf branchen-
tätige, bei der Industrie bestens
eingeführte Kraft gesucht.
Angebote unter N. Z. 24999
an Rudolf Mosse, Bremen.
Größeres Schulmädchen
als Aufwartung gesucht.
Zu melden Bismarckstr. 7.

Fräulein
für Schreibmaschine u. Kontorarbeiten
sollt gesucht.
Schriftliche Angebote nebst Gehalts-
ansprüchen an
**Papierverwertungsgesellschaft Aue,
Reichsstrasse 9.**

Einige geschickte und fleißige
Jugendliche Arbeiter
finden lohnende Beschäftigung.
Wellner, Auerhammer.
Für leichte Arbeiten einige
junge Mädchen
von 14 bis 16 Jahren sofort gesucht.
Otto Albrecht.

Naturheilverein I. E. V.
Aue.
Versammlung
am Donnerstag, den 31. Oktober, abends punkt 7 Uhr
im Hotel Stadtpark.
Unsere Feldpächter, die ihr Grundstück behalten
wollen und Mitglieder, welche neu pachten wollen, müssen
sich zu dieser Versammlung in der ausliegenden Feldliste
neu eintragen. Diejenigen Mitglieder, welche zu dieser
Versammlung nicht erschienen, sind ihrem Felde verlustig.
Der Vorstand: A. Kühnhold.

**Größeres
Fabritgelände,**
möglichst mit aufstehenden Bauwerkstätten u.
Gleisanschluss, gesucht.
Angebote unter N. Z. 4743 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Wegen Dienstag stellen wir
wieder einen großen Transport
erstklassige Tiere, 60 bis 80 Pfund schwer, im Hotel Blauer
Engel in Aue bei billigsten Preisen zum Verkauf. Ankau-
fbescheinigung bitte mitbringen. Verkaufsort von vormittag
10 Uhr bis nachmittag 4 Uhr. **Gebr. Wöfel, Vieh-
handlung, Reichsstrasse 1. Dognl.** **Gerntuf 222.**
Berechnigte amtliche Haarabstufung für Kriegsveterane.
2 Pfg. zahlen für ein Gramm Wirtbeer
(ausgekämmte Frauenhaare)
Stern & Gauger,
Perückenfabrik- und Haargroßhandlung,
Aue, Wettinerstraße 48, nur am Wettinerplatz.